

Rente erst mit 67 Jahren

Rürup-Kommission legt Reformvorschläge vor - Rentenformel soll verändert werden

BERLIN. Die Menschen sollen nach 2011 schrittweise länger arbeiten und danach weniger Rente aus der gesetzlichen Kasse beziehen. Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) unterstützte grundsätzlich entsprechende Vorschläge der Rürup-Kommission. Ziel ist, die Rentenbeiträge bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen zu lassen. Die Kommissionsmitglieder, die die Gewerkschaften entsandt hatten, trugen den Vorschlag nicht mit. Die Kommission sollte Wege aus der Rentenkrise aufzeigen. Kommissionschef Bert Rürup sagte, die Experten hätten sich mehrheitlich darauf geeinigt, das Renteneintrittsalter ab 2011 schrittweise von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen. Jedes Jahr sollen Erwerbstätige einen Monat länger arbeiten, so dass das Eintrittsalter 67 nach 24 Jahren - also 2035 - erreicht wird. Parallel soll sich ab 2005 der Anstieg der Renten nochmals verlangsamen. Zum einen soll die Rentenformel nach dem Kommissionsvorschlag so geändert werden, dass die schwindende Geburtenzahl berücksichtigt wird. Zum anderen sollen nur noch die sozialbeitragspflichtigen Einkommen Grundlage für die Rentenerhöhung sein. Hätte diese Klausel schon dieses Jahr gegolten, wäre die Rentenerhöhung im Juli deutlich geringer ausgefallen, sagte Rürup.

Die neue Rentenformel senkt das Rentenniveau nach Angaben von Kommissionsmitglied Axel Börsch-Supan über die kommenden 30 Jahre um weitere 2,2 Prozentpunkte ab. Dies gelte zusätzlich zu der in der Riester-Rentenreform 2000 bereits beschlossenen Absenkung um sechs Prozentpunkte. Wird der Kommissionsvorschlag bis 2005 Gesetz, müssen sich die Rentner von 2005 bis 2010 auf minimale Rentenerhöhungen einstellen. Denn für diese Jahre gelten bereits Abschläge. Rürup betonte, dass ohne die neuerliche Reform die Rentenbeiträge bis 2030 auf 24,5 Prozent steigen müssten. Dies ergebe sich aus einer neuen Datenlage zur Alterung der Gesellschaft. Die bei früheren Rentenreformen angenommenen demographischen Daten hätten sich als falsch erwiesen. Börsch-Supan versicherte, die künftigen Rentner könnten die Abschläge wettmachen. Wenn sie die staatlich geförderte Privatvorsorge nutzten, hätten sie genauso viel in der Tasche wie heutige Rentner.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Welt vom 25.04.03 unter www.welt.de